

Bürgerinitiative „WOBA – erhalten!“

Aufruf zu einer Aktion am 9. März, 15.00 Uhr, Dresdener Rathaus (Goldene Pforte)

Am 9. März wollen die Dresdener Stadträte über die Zukunft der WOBA Dresden GmbH entscheiden. Wie es bisher aussieht, gibt es eine knappe Mehrheit für den Verkauf. Wir, die Bürgerinitiative „WOBA–erhalten!“, zu der DGB, Mieterverein, ver.di, Linkspartei.PDS, Bündnis 90/ Die Grünen und „Bürger für Dresden“ gehören bleiben dabei:

Der Totalverkauf ist falsch und auf keinen Fall alternativlos! Die Auswirkungen wären für die Zukunft der Stadt von weitreichender Bedeutung!

1. Deutschlandweit sprechen sich namenhafte Politiker gegen den zunehmenden Trend der Verkäufe kommunalen Wohneigentums aus. Dabei kommen die Kritiker nicht nur aus dem linken Lager wie Oskar Lafontaine oder Münchens OB Christian Ude, sondern längst auch aus den Reihen der Union wie Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust oder der Sächsische Innenminister Dr. Albrecht Buttolo.

Christian Ude geht in München sogar einen entgegengesetzten Weg. Vor kurzem erst wurden hier mehrere Tausend Wohnungen dazugekauft.

2. Von Seiten der Totalverkaufsbefürworter kommt immer wieder das Argument, dass es keine andere Alternative gibt. Das ist falsch! Es gibt längst ein alternatives Finanzierungskonzept, welches klar aufzeigt, wie Haushaltskonsolidierung und Teilverkauf zusammen passen. Dieses stützt sich noch auf das ursprüngliche Verkaufsziel von 650 Millionen Euro. Wie wir heute wissen, liegt der mögliche Verkaufspreis weit darüber und damit auch der zu erwartende Erlös aus einem Teilverkauf.

3. Innerhalb des kommenden Jahres will Fortress seine Erwerbungen Gagfah, Nileg und, wenn es zum Verkauf kommt, auch die Woba zu einer Holding zusammenschließen und an die Börse bringen. Nicht nur, dass durch einen solchen Schritt der Druck nach höheren Renditen weiter anwächst. Der Aktienverkauf käme praktisch einem Weiterverkauf des Unternehmens gleich. Alle Vereinbarungen einer Sozialcharta nach einem unveräußerlichen Kernbestand von 35.000 Wohnungen wären so Makulatur (ganz abgesehen von der kurzen Lebensdauer der Sozialcharta). Die neuen Eigentümer sind dann weltweite Aktionäre. Diese und die Fondanteileigner geben indirekt die Firmenpolitik vor, indem sie eine Vermehrung ihres eingebrachten Kapitals fordern und auch erhalten werden.

Es gibt noch viele weitere Gründe den Totalverkauf abzulehnen. Setzen Sie mit uns gemeinsam ein Zeichen gegen diese kurzsichtige Politik. Zeigen Sie den Dresdener Politikerinnen und Politikern, dass sie mit dieser Entscheidung nicht im Interesse ihrer/ unserer Stadt handeln!